

Evangelische Verantwortung

Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU | Ausgabe 3+4/2020

Christen und Muslime

Prof. Dr. Dr. Thomas
Schirrmacher > 10

Christ und Staat

Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB > 3



Liebe Leserin, lieber Leser,

der **Amoklauf von Hanau** hat uns erneut und in erschütternder Weise vor Augen geführt, welche gravierende Gefahrendimension der **Rechtsextremismus** in unserem Lande mittlerweile darstellt. Die Bedrohung, die auch heute wieder vom menschenverachtenden nationalsozialistischen Gedankengut ausgeht, ist spätestens nach dem **Mord an Walter Lübcke** und dem **Terroranschlag in Halle** unbedingt ernst zu nehmen. Auch wenn wir von einer schweren Geistesstörung des Täters ausgehen müssen, ist diese Bluttat ein weiterer Beleg dafür, wie das Klima des friedlichen Zusammenlebens in unserem Land durch zunehmend hassgefüllte rassistische und antisemitische Hetze zerstört zu werden droht. Bundestagspräsident **Wolfgang Schäuble** ist daher beizupflichten, wenn er betont: „Hanau fordert aufrichtige Selbstkritik der Politik. Solche Wahnsinns-Taten geschehen nicht im luftleeren Raum. Sie wachsen in einem vergifteten gesellschaftlichen Klima, in dem das Ressentiment gegenüber dem Fremden und abwegige Verschwörungstheorien geschürt werden – bis Minderheiten als Bedrohung empfunden und in Sozialen Medien Hetzjagen oder sogar Morde von perversen Beifallsbekundungen begleitet werden.“ Als CDU und CSU werden wir darum mit allen notwendigen demokratischen Mitteln den Kampf gegen Extremismus führen und jeder auch nur ansatzweise rechtsradikalen Gensinnung konsequent entgegentreten.

Ein schwerer politischer Fehler war das, was jüngst im **Thüringischen Landtag** bei der **Ministerpräsidentenwahl** geschehen ist: Mit rechten geistigen Brandstiftern wie **Björn Höcke** von der AfD haben wir als Volkspartei der Mitte nichts zu schaffen! Das verantwortungslose Herumtaktieren mit den politischen Rändern hat der CDU in Thüringen, aber auch der CDU Deutschlands insgesamt, schweren Schaden zugefügt. Denn ebenso wie mit der AfD ist für uns auch eine aktive Zusammenarbeit mit der **Linkspartei** ausgeschlossen. Wenngleich auch aus anderen Gründen. Diese Partei ist die direkte Rechtsnachfolgerin der alten SED und das totalitär sozialistische Gedankengut ist in ihren Reihen auf vielfältige und zum Teil erschreckende Weise immer noch lebendig. **Bodo Ramelow** leugnet immer noch, dass die **DDR ein „Unrechtsstaat“** gewesen ist, und **demokratiegefährdende Revolutionsphantastereien** feiern hier fröhliche Urstände. Das hat der jüngste Berliner Strategiekongress der Linkspartei wieder einmal augenfällig belegt: Die Linke Sandra L. schwadronierte dabei unverhohlen von der „Erschießung“ von „Reichen“, woraufhin der Parteivorsitzende **Bernd Riexinger** nur süffisant antwortete: „Wir erschießen sie nicht, wir setzen sie für nützliche Arbeit ein.“

Es gilt daher der **Unvereinbarkeitsbeschluss der CDU Deutschlands** in Bezug auf beide radikalen politischen Ränder. Im Gegensatz zu **SPD** und **Grünen**, die geringste Scham haben, allorts mit der Linkspartei zu paktieren und zu koalieren, sind wir in der Union nicht auf einem Auge blind, sondern sehen mit

beiden Augen scharf und grenzen uns von jeder totalitären Ideologie konsequent ab.

Auch die jüngste **Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes (BVG)** löst manche Überraschung und Verwunderung aus. Sie muss zumindest auf all diejenigen irritierend und verunsichernd wirken, die sich in den letzten Jahren intensiv für ein Verbot der **organisierten Sterbehilfe** und für fürsorgliche und verantwortliche Alternativangebote in der Sterbebegleitung schwerstleidender Menschen engagiert haben. Der Zweite Senat des BVG hat das **Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung (§217 StGB)** für verfassungswidrig und damit für nichtig erklärt, da es in nicht hinreichender Weise das im allgemeinen Persönlichkeitsrecht verankerte **„Recht auf selbstbestimmtes Sterben“** schütze und damit einen nicht akzeptablen Eingriff in die Freiheit des Einzelnen darstelle, „sich das Leben zu nehmen, hierfür bei Dritten Hilfe zu suchen und, soweit sie angeboten wird, in Anspruch zu nehmen“.

Dieses Urteil könnte gravierende gesellschaftliche Folgen haben. Deshalb ergeben sich aus der Perspektive einer am **christlichen Menschenbild** orientierten Politik hier sofort viele neue Fragen und Herausforderungen. Weitere gesetzgeberische Rahmensetzungen und Regelungen könnten nötig werden. **Assistierter Suizid** darf **niemals** als eine **normale medizinische Behandlung** betrachtet werden. Die möglicherweise negativen Folgen und Gefahren für die Veränderung des gesamtgesellschaftlichen Klimas in Bezug auf das Thema Sterbehilfe sowie für den zukünftigen Umgang mit Schwerst- und Sterbenskranken müssen jetzt in den Blick genommen und nach Möglichkeit frühzeitig abgewehrt werden. Das BVG hat dazu Raum gelassen, indem es den Gesetzgeber ausdrücklich Spielräume zur Regulierung der Suizidhilfe gelassen hat. Diese Spielräume sollten nun zügig geprüft und – wenn nötig und möglich – gesetzgeberisch ausgefüllt werden. Dazu gehören die hinreichende Sicherstellung klar überprüfbarer Verfahrenswege, Beratungspflichten und zeitliche Sicherungsfristen, die übereiltes Handeln verhindern.

Zusammen mit den Kirchen werden wir uns auch weiterhin intensiv für eine christlich inspirierte und vom Geist des Evangeliums geprägte Kultur des Lebens und somit für eine verantwortlich begleitende Betreuung am Ende des Lebens einsetzen, die die beste **palliativmedizinische und hospizliche Versorgung** für die betroffenen Menschen gewährleistet.

Gottes Segen
Ihr

Thomas Rachel MdB Bundesvorsitzender
des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU



Römer 13 – Christ und Staat

Verantwortlich leben im Spannungsfeld von Glaube und staatlicher Gewalt

Bundesminister a.D. Christian Schmidt MdB

Wie man einen biblischen Text auslegt, hängt einerseits immer von den eigenen Lebenserfahrungen und den eigenen Prägungen ab, andererseits vom historischen Kontext des Bibelabschnitts und seiner Auslegungsgeschichte.

Ein biblischer Abschnitt, der in besonderer Weise diese beiden Seiten beinhaltet, ist Röm 13, 1-7:

- 1 Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, ist sie von Gott angeordnet.
- 2 Darum: Wer sich der Obrigkeit widersetzt, der widerstrebt Gottes Anordnung; die ihr aber widerstreben, werden ihr Urteil empfangen.
- 3 Denn die Gewalt haben, muss man nicht fürchten wegen guter, sondern wegen böser Werke. Willst du dich aber nicht fürchten vor der Obrigkeit, so tue Gutes, dann wirst du Lob von ihr erhalten.
- 4 Denn sie ist Gottes Dienerin, dir zugut. Tust du aber Böses, so fürchte dich; denn sie trägt das Schwert nicht umsonst. Sie ist Gottes Dienerin und vollzieht die Strafe an dem, der Böses tut.
- 5 Darum ist es notwendig, sich unterzuordnen, nicht allein um der Strafe, sondern auch um des Gewissens willen.

6 Deshalb zahlt ihr ja auch Steuer; denn sie sind Gottes Diener, auf diesen Dienst beständig bedacht.

7 So gebt nun jedem, was ihr schuldig seid: Steuer, dem die Steuer gebührt; Zoll, dem der Zoll gebührt; Furcht, dem die Furcht gebührt; Ehre, dem die Ehre gebührt.

Verhältnis eines Christenmenschen zu Staat und Politik

Mich beschäftigt diese Bibelstelle, die sich mit dem Verhältnis eines Christenmenschen zu Staat und Politik auseinandersetzt, persönlich, als Christ, als jemand, der im Staat vielfältige öffentliche Verantwortung getragen hat und trägt: Seit fast 30 Jahren gehöre ich dem Deutschen Bundestag an.

Ich habe und hatte darüber hinaus weitere verantwortliche Positionen in Regierung, Parlament und Organisationen als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, als Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dann als Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, als Vorsitzender der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe oder auch als stellvertretender Parteivorsitzender der CSU und als bayerischer Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CSU.

Lange Wirkungsgeschichte von Röm 13, 1-7

Doch es geht nicht um mich, sondern um uns alle und zuallererst um Gottes Wort. Interessant ist zunächst, dass der Abschnitt fast nie gepredigt wurde und wohl auch wird: Sowohl in der alten als auch in der neuen Perikopenordnung ist der Text dem 23. Sonntag nach Trinitatis zugeordnet, einem Sonntag, der fast nie gefeiert wird, weil das Kirchenjahr selten so lange ist. In diesem Jahr kommen wir nur bis zum 20. Sonntag nach Trinitatis. Dennoch ist Röm 13, 1-7 ein sehr bekannter Abschnitt. Das hängt mit seiner langen Wirkungsgeschichte zusammen. Die Auseinandersetzungen über das Verhältnis von Kirche und Staat hat eine jahrhundertlange Geschichte.

Zur Zeit des Neuen Testaments rangen die Christen darum, wie sie die staatliche Ordnung einschätzen sollten. In der Offenbarung des Johannes, dort auch im 13. Kapitel, wird der Staat als Tier beschrieben. Hintergrund ist die im zweiten nachchristlichen Jahrhundert bereits laufende Christenverfolgung durch den römischen Staat.

Paulus dagegen sieht den Staat als ein Instrument, das für die Ordnung des menschlichen Zusammenlebens verantwortlich und notwendig ist. Paulus redet über das Gottesgnadentum legitimer Obrigkeit, über das Naturrecht als Grundlage des positiven Rechts und über das Verhältnis der natürlichen Gemeinschaft „Staat“ zur übernatürlichen Gemeinschaft „Kirche“.

Geistliches und Weltliches untrennbar verbunden

Die daraus abgeleitete Einheit von Religion und Staat fand dann bei uns im „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“ vom Mittelalter über die Renaissance bis zur napoleonischen Zeit seinen immer wieder bestrittenen, aber doch nachhaltigen Ausdruck. In diesem Reich, wie sein Name schon sagt, waren Geistliches und Weltliches untrennbar miteinander verbunden. Die Einheit von Religion und Kirche war sakrale Grundlage dieses Reiches. Daran änderte sich nichts bis zur Reformation. Für die lutherische Reformation war Röm 13 von großer Bedeutung. Luther machte die Erfahrung, dass sein Landesherr, Friedrich der Weise, ihn vor dem Zugriff von Kaiser und katholischer Kirche, d.h. vor allem vor dem Papst, geschützt hat. Er erlebte den „Staat“ als positive Ordnung Gottes. An die Stelle des Reichskirchenrechtes trat das territoriale Staatskirchenrecht.

„Als Parlamentarier ringt man immer wieder mit der Angemessenheit und der Richtigkeit von Entscheidungen.“

Es entstanden „Landeskirchen“ mit den Landesherren als „Notbischöfe“. So konnte der katholische bayerische König „Bischof“ über die evangelische Landeskirche sein. Die Kirchen wurden als staatliche Anstalten angesehen, die für die religiöse und ethische Erziehung der Bürger wichtig waren.

Aber dennoch leitet sich auch danach noch, auch nach der Aufklärung, das Herrschertum oder der Staat seinen Machtanspruch von Gott ab und nicht von den Menschen. Der deutsche Kaiser im neuen Kaiserreich ab 1871 titulierte sich selbst „Wir, von Gottes Gnaden Kaiser“.

Aber auch diese Obrigkeit, die im Vorspruch quasi sich selbst eine Generalvollmacht für alle Verfügungen und Entscheidungen gegeben hatte, musste sich im Sinne des Römerbriefes bewusst sein, dass das nicht heißt, sie könne machen, was sie will. Sie musste um ihrer selbst prüfen, ob das, was sie tat, auch dem göttlichen Plan entspricht. Das gelang oft nicht.

Recht auf Widerstand

Die teuflische Diktatur des Nationalsozialismus und auf seine Weise die Gott negierende kommunistische Herrschaft öffneten uns endgültig die Augen. Die Männer und Frauen des 20. Juli 1944, die vor 75 Jahren einen Tyrannenmord planten, und Oberst Graf Stauffenberg ihn auch versucht hat, stellten im Ergebnis Werte höher als formale Pflichten, sie glaubten Gott mehr als den Menschen. Heute ist dieses Recht auf Widerstand gegen eine Diktatur, die die Menschen missachtet, ein Teil unseres Grundgesetzes in Art. 20 (4).

Weltliche Gewalt von Bürgern selbst gegeben

Wir besitzen heute – Gott sei Dank – ein anderes Verständnis. Weltliche Gewalt wird nicht von Gott gegeben, sondern von uns, den Bürgerinnen und Bürgern selbst und an ihre Beauftragten übertragen. So muss man das Matthäusevangelium im 22. Kapitel lesen, wo Jesus den Satz spricht: „So gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist!“ (Mt 22,21)

Entscheidungen, die Parlamente oder Regierungen treffen, sind durch Gerichte kontrollierbar. Solange keine Willkür herrscht und die Entscheidungen sachlich und fachlich vernünftig begründet werden können, folgt für alle dann das Unterordnungsgebot.

Niemand kann eben dann nicht sagen: Ab sofort zahle ich keine Steuern mehr, wenn er/sie gegen die konkrete Steuerpflicht geklagt und verloren hat. Und wenn jemand gewinnt, dann muss das Gesetz angepasst werden wie aktuell bei der Grundsteuer nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes.

Umgekehrt ist es so, dass aus dem System eines Unrechtsstaates weder göttliches noch menschliches Heil folgt. Über jedem Menschen gibt es noch eine andere Instanz: Die Werteordnung, die uns Gott gegeben und Jesus Christus gezeigt und vorgelebt hat. Diese Ordnung gibt gemeinsame und zugleich individuelle Maßstäbe für Entscheidungen.

Ringern um die Richtigkeit von Entscheidungen

Als Parlamentarier ringt man immer wieder mit der Angemessenheit und der Richtigkeit von Entscheidungen. Es gibt dann, wie ich dies insbesondere in meinen langen Regierungsjahren erlebt habe, auch Situationen, die man letztendlich nur mit sich selbst entscheiden kann und muss, sei es um Krieg und Frieden oder auch um europäische Regelungen.

Schließlich ist man bei aller Interpretation an der Stelle, wo man um die Verantwortung weiß und sie auch ausführt und trägt. Als Christ in der Politik spüre ich ganz persönlich, dass ich Kraft für diese Entscheidungen bei Gott suchen kann, muss und auch bekomme, insbesondere bei den Entscheidungen, wo es um Einsätze der Bundeswehr ging, also darum, Menschen in unserem Auftrag in riskante, ja gegebenenfalls lebensbedrohliche Unternehmungen zu schicken.

Veränderungen im Verhältnis Kirche und Staat

Seit der Apostel Paulus seinen großen Brief an die Gemeinde in Rom schrieb, zeichneten sich verschiedene Veränderungen im Verhältnis der Christen bzw. der Kirchen zum Staat ab.

Eine grundlegende staatsrechtliche Wende brachte das Ende der Monarchie in Deutschland im Jahr 1918. Die Weimarer Nationalversammlung legte in Art. 137, Abs. 1 der Verfassung fest: „Es besteht keine Staatskirche“. Allerdings wurde der Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche modifiziert. So kam es zu der

bekannten Regelung, die man schon damals als „hinkende Trennung“ bezeichnete:

Die Kirchen blieben Körperschaften des öffentlichen Rechts mit dem eigenen Recht, Kirchensteuern zu erheben und der Religionsunterricht blieb ordentliches Unterrichtsfach – um nur die wichtigsten Regelungen zu nennen.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs musste der vom Nationalsozialismus gestörte Frieden auch in den Beziehungen zwischen Staat und Kirche wiederhergestellt werden. Verfassungsrechtlich übernahm das Grundgesetz die Regelungen aus der Weimarer Verfassung ohne Änderungen.

Zum Inhalt der Religionsfreiheit gehören die Glaubensfreiheit, die Freiheit des Denkens, Bekenntnisfreiheit als Freiheit des Redens, die Freiheit der Religionsausübung und die religiöse Vereinigungsfreiheit.

Das bedeutet in der Praxis, dass Gottesdienste, Prozessionen und liturgisches Glockenläuten ohne staatliche Erlaubnis und ohne Genehmigung möglich sind. Zur Religionsfreiheit gehört auch die negative Religionsfreiheit, nämlich das Recht die Ausübung religiöser Handlungen zu verweigern. Dazu zählt auch das Recht zum Kirchnaustritt.

Ordnung des alltäglichen Lebens

Zurück zu Römer 13: Die Gefahr liegt nahe, dass wir den Abschnitt nur unter dem Thema „Das christliche Verständnis des Staates“ betrachten. Paulus aber und das übrige Neue Testament

„Ich vermute, dass die meisten Träger irdischer Macht selbst gar nicht wissen, dass sie im Dienste Gottes stehen.“

entwickeln keine Staatslehre, die hat sich erst in der Tradition gebildet. Paulus redet auch nicht nur vom Staat, sondern von jeglicher Ordnung des alltäglichen Lebens. Wir hören die tröstende

Botschaft, dass Gott Ordnung haben will unter den Menschen und dafür die „Obrigkeit“ „eingesetzt“ hat. Ich vermute, dass die meisten Träger irdischer Macht selbst gar nicht wissen, dass sie im Dienste Gottes stehen.

Das ist für uns gerade im Augenblick wichtig, in einer Zeit, wo christliche Werte nicht mehr überall bestimmend sind und wir neben Institutionen des Staates auch die Bürgerinnen und Bürger direkt ihren Gestaltungs- oder Ablehnungswillen äußern, man denke aktuell an die vielen Initiativen zum Klimaschutz. In großer Geduld erhält Gott die Welt, die sich von ihm abwendet. Er gibt sie nicht auf!

Gott lässt sich die Dinge nicht aus der Hand nehmen!

In der Auslegungstradition wurde immer wieder vermutet, dass Paulus so positiv über den Staat geschrieben hat, weil die Politik des Kaisers Nero während der Zeit der Abfassung des Römerbriefs (ca. 54/55 n.Chr. wahrscheinlich in Korinth) unter dem Einfluss des Philosophen Senecas gestanden hätte. Wenn Paulus geahnt hätte, wie sich die Dinge entwickeln, hätte er vielleicht ein paar Sätze mehr geschrieben?

Trotzdem muss man Paulus hier richtig verstehen: Seine Einstellung zur Obrigkeit besteht nicht in einem kritiklosen blinden Vertrauen auf die, die weltliche Macht besitzen, sondern in dem unerschütterlichen Vertrauen auf Gott, der diese Menschen eingesetzt hat. Christen vertrauen darauf, dass Gott Menschen einsetzt und sie in seinen Dienst stellt. So ist jede weltliche Ordnungsmacht Dienerin Gottes.

Ist das realistisch? Hat Paulus nicht die Diktatoren seiner Zeit gesehen: Caesaren und Prokuratoren, Militärmachthaber und

Sklavenhalter, Zolleinnehmer und korrupte Statthalter? Sollte er vergessen haben, dass das Wesen des Menschen zur Sünde neigt, wie es die Bibel an vielen Stellen beschreibt? Nein!

Schon aus der Botschaft der Propheten des Alten Testaments konnte Paulus und seine Generation ablesen, dass eine Obrigkeit, die benachteiligt, schindet, ausbeutet und verarmen lässt, sich selbst aufhebt. Gott lässt sich die Dinge nicht aus der Hand nehmen!

Die Ordnungen, in denen unser Leben verfasst ist, sind Wohltaten Gottes. Gott hält die Bosheit in Schranken. Nicht auszudenken, was wäre, wenn nicht Staatsorgane für Recht und Ordnung sorgen würden! Ein Straßenverkehr ohne Straßenverkehrsordnung? Nicht auszudenken für einen Tag!

Glaube als ethisches Fundament

Für mich als Mensch, der politische Verantwortung seit fast drei Jahrzehnten trägt, ist der christliche Glaube eine Hilfe, ein ethisches Fundament. Als Christ weiß ich, dass mir eine Aufgabe gegeben ist für unser Land und für die Menschen. Diese Verantwortung ist groß und oft nicht leicht zu tragen. Immer wieder gilt es Entscheidungen zu treffen, die nicht nur schwierig sind, sondern die so oder so negative Auswirkungen in sich bergen. Unser menschliches Leben besitzt „sündige Strukturen“, aus denen wir nicht oder nur schwer entkommen können.

Gut aber zu wissen, dass ich nicht alleine stehe, sondern eingebunden bin in die christliche Gemeinde. Und gut selbst zu wissen, dass Gott jedem die Vergebung anbietet, der sie ernsthaft erbittet!

Viele, die lautstark gegen etwas demonstrieren oder die, die auch vor der Anwendung von Gewalt für ihre Ziele nicht zurückschrecken, bis hin zum politischen Mord, wie er vor kurzem in unserem eigenen Land, in Hessen an Herrn Regierungspräsidenten Lübcke stattgefunden hat, wollen vor allem Aufmerksamkeit. Gewaltlos ist das legitim, mit Gewalt verwerflich und abscheulich. Ohne Aufmerksamkeit, aber mit Wirksamkeit sind die, die stattdessen beten. Auch mir schreiben häufig Menschen, dass sie für mich beten. Ich danke dafür.

Unser Staatswesen ist unvollkommen, weil in ihm fehlbare Menschen wie wir alle – auch ich – am Werke sind. Deshalb hat die Christenheit schon immer eine weitere Aufgabe für sich selbst gesehen: Das ist die Fürbitte! Die Fürbitte für den Staat und alle, die in ihm Verantwortung tragen. Es ist ein großer und verantwortungsvoller Beitrag für einen jeden Christen. Es ist allein unser Gott, der letztlich aus allem menschlichen Mühen Gutes machen kann. Gott sei Dank!

Kanzelrede im Gottesdienst der Freien Evang. Gemeinde Neumarkt, am Sonntag, den 14. Juli 2019 (leicht bearbeitet)



Bundesminister a.D.
Christian Schmidt MdB

ist stellvertretender EAK-Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender des EAK der CSU in Bayern.



Christen und Muslime

Kritische Anmerkungen zum Gesprächspapier zu einer theologischen Wegbestimmung der Evangelischen Landeskirche in Baden

Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher

Vorbemerkung

In der ersten Jahreshälfte 2018 legte das Kollegium des Evangelischen Oberkirchenrates in Karlsruhe eine erste Fassung eines Gesprächspapiers „Christen und Muslime“ vor. Rückmeldungen aus einem Studententag und aus den Beratungen der Landessynode wurden in eine zweite Fassung des Papiers eingearbeitet und den Gemeinden unserer Landeskirche im September 2018 zur Diskussion empfohlen. Bis Weihnachten 2019 wurden Rückmeldungen zum Gesprächspapier erbeten. Es ist beabsichtigt, dass die Landessynode auf der Frühjahrstagung 2020 eine Sellungnahme zum Verhältnis bzw. zum Dialog zwischen Christen und Muslimen verabschiedet. Bereits die erste Fassung des „Gesprächspapiers“ erfuhr deutlichen Widerspruch. Viele der kritischen Einwände wurden auch durch die Überarbeitung des Papiers nicht wirklich ausgeräumt: Es wurde bemängelt, dass man unser eigenes christliches Bekenntnis viel profilierter hätte darstellen müssen, und dass umgekehrt der Islam in seiner Vielgestaltigkeit zu wenig differenziert dargestellt wird. Auch kommen die unterschiedlichen innerkirchlichen Stimmen zum Verhältnis von Christen und Muslimen kaum zu Gehör.

Mein Ausgangspunkt ist das vom Vatikan, vom Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) und von der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA) 2011 verabschiedete und 2014 von allen Kirchen in Deutschland angenommene Papier zur Ethik der Mission „Christliches Zeugnis in einer multireligiösen Welt“. Das Papier wurde von den drei Dialogabteilungen der drei globalen christlichen Körperschaften erarbeitet und betont, dass Mission zutiefst zum Wesen der Kirche gehört, während der Dialog mit Menschen anderer Religionen und Kulturen zugleich unverzichtbar ist. Dabei vertrauen Christen darauf, dass Gott sich selbst durch den Heiligen Geist Menschen offenbart und zu Menschen spricht, was wir nicht erzwingen können.

Für mich als Gutachter ist ein Dialog von Christen mit allen Menschen, auch mit muslimischen Mitbürgern, eine Selbstverständlichkeit, die viel zu wenig praktiziert wird. Wir haben als Christen nichts zu verheimlichen und müssen vor keinem Gespräch Angst haben. Unser Glaube wird – wie schon bei Jesus selbst – durch das Gespräch, den Dialog zwischen Menschen, vermittelt, nicht durch Demagogie oder Propaganda, nicht durch Zwang oder Schrecken, Bestechung oder Ausnutzung von Notlagen, Drohung oder staatliche Verordnungen. Wir können deswegen jedes Gespräch in „Sanftmut und Ehrerbietung“ (1 Petr 3,15) führen. Die Wahrheit, die sich in Jesus Christus offenbart hat, gewinnt nicht, weil wir unangenehm eifern, uns als unfehlbar gebärden

oder nicht zuhören können oder wollen, sondern weil wir im Gespräch mit Mitmenschen freundlich und ehrlich Zeugnis von diesem Jesus ablegen (der selbst die Wahrheit ist und durch seinen Geist die Wahrheit verstehen lässt) und zugleich gerne zuhören, sowohl welche Probleme, Fragen und Sorgen unsere Gesprächspartner bewegen als auch was sie glauben und was sie aus ihrer eigenen Sicht ausmacht und bewegt.

Nichts, was im Folgenden kritisch gesagt wird, soll und darf irgendwem als Argument dienen, seltener oder gar nicht oder auch unduldsamer, gar aggressiver mit Muslimen zu reden, sondern soll umgekehrt jedem Christen Mut machen, Muslime einzuladen und zu besuchen, auf Muslime zuzugehen und auch gemeinsame Begegnungen in größeren Gruppen zu unterstützen, und zwar gerade ganz unabhängig davon, ob man sich als Dialogexperte oder Islamkenner fühlt. Die wichtigste Voraussetzung für ein gelingendes Gespräch sind andere liebende Menschen, die gerne helfen, gerne zuhören und gerne über ihre persönlichen Erfahrungen mit Gott und Kirche reden.

Das ist auch neben theologischen Anfragen und Anfragen an die Fairness des Argumentationsstils meine grundlegende Kritik: Anstatt dass das Gesprächspapier alle Mitglieder der eigenen Kirche zum Dialog durch praktische Erfahrungen, Beispiele und Ideen zum Dialog ermuntert oder erst einmal erfragt, aus welchen Gründen der Dialog oft nicht stattfindet, wird aus der politischen Debatte die Unterstellung übernommen, Grund für den fehlenden Dialog seien Islamophobie und Ängste. Sodann wird der Dialog mit der teilweise komplizierten Darstellung einer recht speziellen theologischen Position befrachtet, die zur Voraussetzung des Dialogs gemacht wird. Diese Forderung nach Spezialwissen schreckt aber eher vom Dialog ab. Zudem ist nicht erwiesen, dass man mit dieser Position tatsächlich dialogbereiter oder dialogfähiger ist als Vertreter anderer Sichtweisen.

Nur ein Beispiel: Lädt man Muslime zu sich nach Hause ein oder besucht ihre Familien, stellt man schnell fest, dass Gott und Familie ihre Lieblingsthemen sind. Es dürfte Christen nicht schwerfallen, darauf einzugehen. Das ist meist viel einfacher, als sich die meisten vorher denken. Doch warum wird das im Gesprächspapier nirgends gesagt? Umgekehrt fehlt auch der Hinweis, Muslime im Gespräch nicht für alles und jedes in der muslimischen Welt verantwortlich zu machen, sondern erst einmal zuzuhören, wie sie selbst die Lage sehen. Der praktische Ertrag des Gesprächspapiers für den Nichttheologen ist jedenfalls sehr dünn.

Was erstaunlicherweise fehlt

Etlchen positiven Aspekten, die in der Langfassung dieses Gutachtens ausführlicher dargelegt sind, stehen folgende Punkte gegenüber, die bei einer Klärung des Verhältnisses der Kirche zu den Muslimen wichtig gewesen wären, aber erstaunlicherweise im Gesprächspapier völlig fehlen:

Folgende Themen fehlen im Gesprächspapier völlig oder fast völlig (Details dazu in der Langfassung):

- Jeglicher praktische Ratgeberteil: Welche Arten von Dialog es gibt? Wie führt man sie durch und welche praktischen Erfahrungen hat man in Jahrzehnten gesammelt, wie Dialog am besten gelingt?
- Die Argumente jedweder Gegenpositionen; Andersdenkende werden immer nur kurz in einem Halbsatz erwähnt.
- Die Migration von Muslimen nach Deutschland, alles rund um das Thema Asyl – obwohl der gesellschaftlich-politische Dialog mit Muslimen das zentrale Thema ist.
- Eine Differenzierung des Islam nach theologischen Richtungen

bzw. islamische Sonderbewegungen wie den Aleviten oder Ahmadiyyas.

- Eine Differenzierung der Muslime nach Herkunftskultur und Ländern.
- Die Scharia.
- Religiöser Terrorismus.
- Der islamistische Extremismus.
- Wie soll man damit umgehen, dass die DITIB, die im Dialog von muslimischer Seite zahlenmäßig führend ist, vom türkischen Staat gelenkt wird?
- Die zunehmende Zahl von Taufen von ehemaligen Muslimen – auch in der badischen Kirche.
- Eine Stellungnahme zu den EKD-Papieren rund um das Thema Islam, Religionsfreiheit und interreligiöser Dialog, die eine andere Position als das Gesprächspapier vertreten.
- Irgendein Hinweis auf die lange, wechselhafte Geschichte zwischen Islam und Christentum.

Für folgende christliche Lehren findet sich bestenfalls das Wort, aber kein vollständiger Satz:

- Die Versöhnung mit Gott.
- Dass Werke und Taten nicht erretten.
- Vergebung der Sünden.
- Die Bedeutung des Kreuzestodes.
- Das Abendmahl.
- Die Frage nach dem Heil der Muslime.

Fünf Kernthesen des „Gesprächspapiers“

Nun möchte ich fünf Kernthesen benennen und diskutieren, die ich im Gesprächspapier finde. Da die Kernpunkte des Gesprächspapiers nirgends systematisch dargestellt werden, sondern sich über das Schreiben verteilt finden, ist es nicht einfach, sie herauszukristallisieren, aber nur wenn man dies tut, kann man wirklich in eine Diskussion einsteigen. Wie sich zeigen wird, beurteile ich alle fünf Kernthesen als theologisch sehr problematisch. Die ausführlichen Textbelege für die einzelnen Thesen finden sich in der Langfassung dieses Gutachtens.

Die fünf von mir aus dem Gesprächspapier herausdestillierten problematischen Kernthesen:

1. Kernthese: Die liturgische Beteiligung von Muslimen an Gottesdiensten einschließlich des Vortrags von Koranversen ist das Normalste von der Welt.
2. Kernthese: Der Islam kann auch Wahrheit enthalten, wenn er dem christlichen Glauben widerspricht.
3. Kernthese: Man kann von der Ökumene zwischen Kirchen auf eine Gemeinsamkeit zwischen Christentum und Islam schließen.
4. Kernthese: Man kann die Ergebnisse des Dialogs mit dem Judentum direkt auf den Dialog mit dem Islam übertragen, ohne die besondere Stellung des Judentums für das Christentum in Frage zu stellen.
5. Kernthese: Wer die Sichtweise des Gesprächspapiers nicht teilt, verweigert automatisch den Dialog mit Muslimen.

1. Problematische Kernthese: Die liturgische Beteiligung von Muslimen an Gottesdiensten einschließlich des Vortrags von Koranversen ist das Normalste von der Welt

Ich wähle diese Formulierung, weil eigentlich nirgends ausführliche Gründe für diese Sicht geliefert werden, sondern sie einfach durchgehend als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Nirgends wird dargestellt, welche Gründe Christen und Christinnen,

Theologen und Theologinnen haben, für die das nicht so selbstverständlich ist. Ihre Existenz wird nur am Rande rein negativ erwähnt. (43)

Die Beteiligung von Muslimen an der Gottesdienstliturgie wird aus ihrer Anwesenheit und der Gastfreundschaft geschlossen. Doch müsste dieses Angebot dann nicht auch den Zeugen Jehovas – mit denen Christen doch mehr gemeinsam haben als mit Muslimen –, allen anwesenden säkularen Mitbürgern – mit denen Christen oft mehr Werte teilen – und allen anderen Gästen gelten?

Das Neue am Gesprächspapier ist also, dass es eine einschränkungslose Zulassung muslimischer Beteiligung an der Liturgie, auch im Hauptgottesdienst mit Abendmahl oder bei „Taufen vormals muslimischer Konvertiten“ (43!), als normal erklärt. Erstaunlich dabei ist, dass die Grenze einer gemeinsamen Gottesdienstfeier dort gezogen wird, wo der Eindruck einer „gemeinsamen Religion“ entsteht. (45) Aber darum geht es doch gerade!

2. Problematische Kernthese: Der Islam kann auch Wahrheit enthalten, wenn er dem christlichen Glauben widerspricht

Wahrheit und Offenbarung finden sich laut Gesprächspapier im Islam auch dort, wo er den christlichen Glaubensüberzeugungen entgegensteht. Dies steht von Anfang an fest, etwa wenn es heißt, „dass die wahre Gotteserkenntnis des Islam nicht einfach nur dort gegeben ist, wo sie unseren Glaubensüberzeugungen entspricht, sondern sie kann gerade auch in dem bestehen, was uns fremd ist und unseren eigenen Glaubensüberzeugungen widerspricht“ (13).

Das Gesprächspapier listet zahlreiche Themen auf, bei denen sich Islam und Christentum widersprechen, etwa wer Jesus Christus ist, ob Gott der Dreieine ist oder ob Gott sein Wesen offenbart hat oder nicht. Das Gesprächspapier lässt es aber offen, ob hier die widersprechende Sicht des Islam doch auch Wahrheit sein kann oder ob damit andere, eventuell weniger wichtige Themen gemeint sind. Das kann aber nur so verstanden werden, dass der Islam auch dann Wahrheit enthält, wenn er „die DNA“ des christlichen Glaubens radikal in Frage stellt. Nur woran soll man diese Wahrheit dann erkennen?

Es wird auch nirgends darauf hingewiesen, dass es zwei Paar Schuhe sind, ob ich Wahrheit im Islam als Religion und Lehrsystem an sich finde – so das letzte Zitat – oder bei konkreten Muslimen und Musliminnen. Dass das Gesprächspapier das aber vermischt, zeigt sich immer wieder. So heißt es nachvollziehbar im Schlusswort: „Der Gott der Bibel wirkt über die Grenzen unserer Heiligen Schriften hinaus; sein Geist weht, wo er will – und wir hören seinen Widerhall auch in der Glaubensgeschichte muslimischer Menschen.“ (61). Das aber ist doch etwas ganz Anderes, als davon auszugehen, dass der Islam an sich – und zwar scheinbar aller Richtungen – die Wahrheit widerspiegelt.

3. Problematische Kernthese: Man kann von der Ökumene zwischen Kirchen auf eine Gemeinsamkeit zwischen Christentum und Islam schließen

Das Gesprächspapier vertritt diese These immer wieder. „Das Ziel eines möglichen gemeinsamen Weges ist jedenfalls das gegenseitige Wertschätzen und Annehmen in einer – nun von der innerchristlichen Ökumene ins christlich-islamische Gespräch gewandten – ‚versöhnten Verschiedenheit‘ zur Ehre des einen Gottes und zum Wohl der ganzen Welt.“ (16)

Dass man von der wachsenden Ökumene unter Kirchen und Konfessionen auf die Notwendigkeit von gleichlaufenden Gemeinsamkeiten zwischen Christentum und Islam schließen

kann, ist ein ungewöhnliches Argument, dass man gerne diskutiert hätte. Aber es erfolgt keine nähere Begründung. Es wird einfach nur mehrfach statuiert (z. B. 6, 13, 16). So erweckt das Gesprächspapier den Eindruck, als sei der Islam einfach eine weitere Variante der christlichen Konfessionen, die nun in den ökumenischen Reigen aufgenommen wird.

4. Problematische Kernthese: Man kann die Ergebnisse des Dialogs mit dem Judentum direkt auf den Dialog mit dem Islam übertragen, ohne die besondere Stellung des Judentums für das Christentum in Frage zu stellen.

Es wird immer wieder betont, dass man zugleich vertreten kann, dass das Judentum für das Christentum einzigartig ist und dass die Übertragung der Ergebnisse auf den Dialog mit dem Islam möglich sei, so dass von der Beziehung zum Judentum her „Licht“ auf den Dialog mit Muslimen „fällt“ (4) und ein „vergleichbarer Prozess“ (8) mit dem Islam geschehen soll, wie er mit dem Judentum bereits geschehen ist. Auf einer Linie damit liegt, dass man die islamische bzw. koranische Ethik in Parallele zur Ethik der hebräischen Bibel setzt (z. B. 5, 34-35). Eine solche Quasi-Gleichsetzung ist jedoch nicht möglich. Denn bei aller Betonung der Gebote in der Torah ist ihr Zentrum nicht der durch Tun Gerechte, sondern der Große Versöhnungstag und die Opfer im Tempel, in denen Gott von seiner Seite und auf seine Initiative hin die Ungerechtigkeit und Schuld des Volkes sühnt und vergibt. Dazu gibt es aber keine Entsprechung im Islam.

Wer Grundstrukturen des Verhältnisses von Christentum und Judentum auf das Verhältnis von Christentum und Islam überträgt, beendet natürlich die Einzigartigkeit des Judentums für das Christentum. Die Offenbarungsgeschichte war über Jahrtausende eine jüdische. Jesus und die Apostel waren Juden. Es mag banal klingen: Aber das Christentum fußt nirgends auf dem nach ihm entstandenen Islam, sondern allein auf dem Judentum. Kein Apostel war Muslim, und der Islam umfasst keine Heilsgeschichte, die Christen als Teil ihrer Heilsgeschichte sehen.

5. Problematische Kernthese: Wer die Sichtweise des Gesprächspapiers nicht teilt, verweigert automatisch den Dialog mit Muslimen.

Immer wieder wird behauptet, dass man sicher nur dann für Dialog ist, wenn man die Sichtweise des Gesprächspapiers teilt, und dass alle Andersdenkenden Gegner des Dialogs sind und ihn nicht praktizieren. So heißt es etwa: „Aus einer solch strikt exklusivistischen Position heraus könnte ein Dialog mit Musliminnen und Muslimen dann nur den einzigen Sinn haben, sie über den wahren Glauben zu belehren und sie zum Christentum zu führen“ (10).

Das ist ein theoretischer Schluss vom Schreibtisch aus. Das hat mit der Realität wenig zu tun. Auch wenn ich selbst kein Vertreter einer rein exklusivistischen Sicht bin, muss man doch sagen: Man kann mit dieser Sicht erstens den immer wieder angesprochenen gesellschaftlichen Dialog gut führen, zweitens einen theologischen Dialog führen, um sich besser kennen und verstehen zu lernen und um zuzuhören, und drittens diesen Dialog auf Gegenseitigkeit trotzdem missionarisch nutzen und sich ebenso vom anderen ‚missionieren‘ lassen. Hier wird ein Pappkamerad aufgebaut, statt die Position gestandener, andersdenkender Theologen und Theologinnen – auch in der badischen Kirche – darzustellen und ernstzunehmen.

Im Übrigen wurde der gesamte Dialog von Christen mit Muslimen während der Kirchengeschichte, so er denn stattfand, von Christen geführt, die missionarisch gesinnt waren. Und auch heute finden sich im christlich-islamischen Dialog weltweit am

häufigsten Christen, die keinen Gegensatz zwischen Mission und Dialog sehen. Das gilt für Papst Franziskus ebenso wie etwa für die orthodoxen und die altorientalischen Kirchen oder die Weltweite Evangelische Allianz, die alle intensiv am Dialog beteiligt sind. Das eingangs erwähnte ökumenische Papier „Christliches Zeugnis in einer multireligiösen Welt“ (2011) macht das deutlich.

Generelle Kritik zur Darstellung von Islam und Christentum

1. Die Verschiedenheit der islamischen Positionen fehlt
2. Der Islam wird aus christlicher Sicht zurechtgemacht

Zurechtgemacht: Koran als Gottes Wort durch eine christliche Brille

Das Gesprächspapier steht in der Gefahr, sich den Islam ‚zurechtzumachen‘, statt die Dialogpartner so zu nehmen, wie sie sind. Ein typisches Beispiel zu Beginn: „Die Fokussierung auf die jeweiligen heiligen Schriften Bibel und Koran stellt einen ersten elementaren Zugang christlicherseits dar; mit der Einschränkung, dass die Sunna, vor allem die Überlieferungen zum Leben Mohammeds (Hadithe) nicht thematisiert. Dies kann und muss im theologischen Dialog erweitert werden.“ (15)

Das ist ein christlicher Zugang, wie er seit Jahrhunderten gewählt wurde, ja eigentlich sogar ein rein evangelischer, aber nicht unbedingt ein muslimischer Zugang zum Dialog. Für die islamische Theologie ist ein Koranverständnis ohne die nachfolgende Überlieferung vor allem zum Leben Mohammeds nicht denkbar und nicht existent.

Immer wieder will das Gesprächspapier erklären, was wirklich im Koran steht. Im Dialog zählt aber, was mein Gegenüber tatsächlich glaubt. Wir sollten zuhören, was unsere Gesprächspartner sagen und glauben und von dort aus argumentieren.

Was zum Koran gesagt wird ist:

1. eine zutiefst christliche Sicht des Koran als ‚Wort Gottes‘;
2. eine zutiefst christliche, ja im Grunde protestantische Sicht, dass das Heilige Buch den Ausschlag gibt und die Theologie sich immer wieder daran reformiert;
3. eine uralte Vorgehensweise, die schon seit Beginn des Islam bei den mittelalterlichen Theologen üblich war;
4. eine immer missionarisch genutzte Vorgehensweise – und genauso wird sie von Muslimen bis heute verstanden.

Wer beim Dialog derart stark Wert auf Texte über Jesus oder die Barmherzigkeit oder andere typisch christliche Themen legt, wie das Papier, wird von Muslimen als missionarisch wahrgenommen. Er wird so verstanden, dass er seine christliche Sicht anhand des Korans belegen will.

Das wäre ja nicht weiter problematisch, wenn man nicht genau das Andersdenkenden vorwerfen und für sich selbst verneinen würde.

Zurechtgemacht: Barmherzigkeit

Ein gutes Beispiel ist die Einordnung von Jesus und Mohammed als Zeichen der Barmherzigkeit (28): Einmal ganz abgesehen davon, dass die Begrifflichkeit, die mit demselben deutschen



Wort „Barmherzigkeit“ übersetzt wird, in Christentum und Islam ganz unterschiedlich gefüllt ist, kenne ich kein nennenswertes islamisches Werk, das Mohammed als „zeichenhafte Vergegenwärtigung der Barmherzigkeit Gottes“ in den Mittelpunkt stellt. Im Koran ist das „Zeichen“ Jesu, dass er Wunder und Zeichen tut, das Zeichen, das für Mohammed steht und spricht, ist dagegen der Koran.

Bei diesem Thema lässt das Gesprächspapier Grundkenntnisse über die Entstehung des Korans vermissen. Vor allem wird die Sure 5,69 – fälschlich als späteste Sure bezeichnet – aus einem gegen Juden und Christen gerichteten Zusammenhang zu einer Sure umfunktioniert, die vermeintlich Christen das ewige Heil zuspricht.

Zurechtgemacht: Nähe Gottes

Die „Nähe Gottes“ im Islam wird aus einer typisch christlichen Sicht heraus definiert (26) und es wird so getan, als wenn beide Religionen unter der Nähe Gottes mehr oder weniger dasselbe verstehen.

Dass lässt den Umstand außer Acht, dass sich Gott im Mehrheitsislam gerade nicht selbst offenbart. Im christlichen Glauben kommt Gott in seiner Offenbarung den Menschen „nahe“ (Eph 2, 13+17 ; vgl. Hebr 4,16). Gott spricht die Sprache der Menschen. Die Offenbarung Gottes drängt deswegen auf ihre Erfüllung in einer Weise, in der uns Gott von sich aus noch näher kommt: Gott wird in Christus Mensch und „wohnt unter uns“ (Joh 1,14; Mt 1,23). Deswegen hebt die Fleischwerdung Gottes in Jesus die schriftliche Offenbarung nicht auf, sondern erfüllt sie als das eigentliche Wort Gottes. Doch auch damit nicht genug! Gott will uns noch näher kommen, indem der Heilige Geist seit Pfingsten in den Gläubigen wohnt und ihnen die innere Kraft gibt, nach Gottes Willen zu leben (Röm 8, 3–4). Näher kann uns Gott nicht kommen!



Für einen Muslim ist es schon sehr schwer nachzuvollziehen, dass die Bibel Menschenwort und Gotteswort zugleich ist. Noch schwerer für ihn nachzuvollziehen ist, dass in Jesus Christus Gott und Mensch zusammenkommen, denn das ist Götzendienst. Endgültig gesprengt wird die Vorstellungskraft eines Muslims jedoch bei dem Gedanken, dass Christen glauben, dass Gottes Geist als dritte Person des einen Gottes in den Gläubigen wohnt.

Zurechtgemacht: Gewalt

Ein christliches Zurechtmachen des Korans findet sich auch bei der Frage der Zulässigkeit von oder der Verpflichtung zur Gewalt. Sie wird mit dem Argument neutralisiert, es handele sich um Beschreibungen von historischen Situationen, nicht um universal gültige Gebote. (40) Das aber ist eine typisch christliche Unterscheidung, im Mehrheitsislam spielt nämlich das verbindliche Vorbild Mohammeds eine entscheidende Rolle und seine Lebensgeschichte wird gerade nicht als rein historischer Bericht betrachtet.

Interessanterweise schließt das Gesprächspapier andersdenkende Muslime de facto vom Dialog aus. „Eine Weggemeinschaft wird nur dort gelingen können, wo die Gewalt narrative in ihrer historischen Bedingtheit eingehegt werden und das prinzipielle Friedensmotiv die Richtung bestimmt. Deutlich ist allerdings auch, dass der Koran selbst die so sehr an die Bibel erinnernden Gebotsreihen in Sure 9 dezidiert mit den Begriffen Gerechtigkeit, Rechtleitung und Barmherzigkeit verbindet. Eine Ethik im Sinne sozusagen einer ‚Rechtleitung zur Barmherzigkeit und Gerechtigkeit‘ wird eine willkommene Orientierung sein auf einem gemeinsamen Weg.“ (37, Hervorhebung hinzugefügt) Möglich wird das, weil man den Muslimen erklärt, wie sie den Koran in dieser Sache zu verstehen haben.

Christen aber suchen den Dialog mit allen Menschen und wollen gerade auch Menschen, die Gewalt für göttlich legitimiert halten, Jesus Christus als Friedensstifter nahebringen.

Zurechtgemacht: Der Dschihad

Auch der Dschihadbegriff wird christlich zurechtgemacht, aber dazu auch an den Haaren herbeigezogene Kritik am Christentum vollzogen, indem der Apostel Paulus mit seinen Worten, er habe den guten „Kampf“ gekämpft, als Beispiel für einen religiösen Begriff angeführt wird, der in „einer physisch-wehrhaften Auffassung einerseits und einer geistig-spirituellen Bedeutung andererseits“ (37) besteht. Paulus hat mit seiner Bekehrung aber gerade

auch dem religiösen Extremismus, der Andersglaubenden tötet, abgeschworen.

Zurechtgemacht: Religionsfreiheit

Das Gesprächspapier zeichnet eine rein christliche Sicht des Menschenrechts auf Religionsfreiheit, wie es die Weltchristenheit in „Christliches Zeugnis in einer multireligiösen Welt“ (2011) festgeschrieben hat. Aber ist das auch eine islamische Sicht? Oder haben wir den Muslimen das in den Mund gelegt?

Außerdem verschweigt das Gesprächspapier völlig, dass Religionsfreiheit auch den Atheismus und Religionen mit vielen Göttern schützt.

3. Christliche Lehren werden zurechtgemacht

Umgekehrt finden sich auch viele Beispiele, wo christliche Lehren so zurechtgeschnitten werden, dass sie zum Islam passen, oder aber christliche Lehren, die mit dem Islam nicht vereinbar sind, wie die Vergebung der Schuld und die Versöhnung mit Gott, ganz ausgelassen werden.

Rechtfertigung aus Glauben

Die Rechtfertigung aus Glauben kommt an zwei Stellen vor. Sie wird aber in den Zusammenhang einer gemeinsamen Sicht zu Barmherzigkeit und Gerechtigkeit gestellt (5, 32). Dabei wird die islamische Sicht, dass am Ende die Taten zählen, das heißt ob die guten die bösen überwiegen, als zumindest für Christen inspirierend beschrieben. Fortan bleibt das so. Dass es evangelische Lehre ist, dass noch so viele gute Taten böse Taten nicht aufheben können, sondern sie der Vergebung und Versöhnung bedürfen, und am Ende niemand errettet würde, wenn Gott die Taten zählen würde, wird nirgends thematisiert oder der islamischen Sicht entgegengestellt.

4. Christliche Lehren werden ausgeblendet.

Eng verknüpft mit dem Zurechtmachen von christlichen Lehren, so dass sie scheinbar eher zum Islam passen, ist das Ausblenden solcher Lehren, die nur schwer zurechtgemacht werden können oder die für das Christentum zentral sind, aber kaum eine oder gar keine Entsprechung im Islam haben. Einige Beispiele:

Werke und Taten erretten nicht.

Ein Mal wird im Gesprächspapier kurz die „Rechtfertigung des Sünders allein durch Gottes Gnade“ erwähnt, etwa 20 Mal

dagegen die Errettung durch Taten im Islam. Die Errettung nicht aus Werken, sondern aufgrund dessen, was Gott in Jesus Christus für uns getan hat, ist ja nicht nur die evangelische Grundbotschaft schlechthin, sondern grundsätzlich auch Kern der katholischen und orthodoxen Theologie.

Die Bedeutung des Kreuzestodes, die Versöhnung mit Gott, die Vergebung der Sünden.

Jesus heißt dreimal „der Gekreuzigte“, einmal wird „Kreuzestod“ gesagt, jeweils ohne nähere Ausführung, alle anderen Verwendungen der Begriffe behandeln die islamische Theologie.

Wie aber will man den christlichen Glauben darstellen, wenn man in so einem umfangreichen Papier nichts dazu sagt, welche Bedeutung der Kreuzestod Jesu hat? Damit entfällt natürlich auch, dass die Vergebung der Sünden nicht durch unsere in Zukunft vermeintlich besseren Werke geschieht – als könnten wir die dauerhaft leisten –, sondern Gott uns unverdient mit sich selbst versöhnt. Das Zentrum des christlichen Glaubens wird wohl ausgeblendet, weil es die schwierigste Thematik zwischen Christentum und Islam ist?

Die Frage nach dem Heil der Muslime

Dass damit die ganze Frage nach dem Heil generell und dem Heil der Muslime einfach übergangen wird, wurde schon oben unter Punkt C.6. deutlich.

Der Sündenfall – in der Sicht von Genesis 3

Ein Beispiel dafür, dass das Gesprächspapier sehr wohl weiß, wie tiefgreifend selbst in Koran und Bibel gleichermaßen vorkommende Geschichten und Lehrinhalte doch zu tiefgreifenden Unterschieden gerade rund um das Verhältnis zu Gott führen, ist der Sündenfall.

Im Koran findet sich auch Adams Sündenfall. Aber Adam hat nur gegen sich selbst gesündigt, nicht gegen Gott, und beschließt nach seiner Einsicht kurzerhand in Zukunft nicht mehr zu sündigen. Zweimal deutet das Gesprächspapier an, dass sich hier gewaltige Unterschiede auftun, ohne aber weiter zu fragen oder eine Hilfestellung zu geben, wie man damit im Gespräch umgeht: „Die kritische Sicht auf die menschliche Fehlbarkeit und Verstrickung in Sünde, auf die die biblischen Texte hinweisen, findet sich nicht in gleicher Schärfe in der koranischen Sicht des Menschen.“ (30) „Dagegen hat die christliche Anthropologie eine spannungsvolle Sicht auf den Menschen, die dem Menschen einerseits in der Gottesebenbildlichkeit und in seiner Bestimmung zur Statthalterschaft über die irdische Schöpfung eine einzigartige Würde zuspricht und andererseits eine Verkehrung der menschlichen Einsicht und Fehlbarkeit des menschlichen Strebens konstatiert, die der Mensch nicht aus eigener Kraft überwinden kann. Die Barmherzigkeit Gottes besteht nach biblischem Zeugnis darin, dass Gott seine Treue dem Sünder nicht entzieht, sondern auf Rettung aus ist.“ (31)

Das ist alles richtig, verliert sich jedoch in vagen Andeutungen. An dem Strick hätte man weiter ziehen müssen, statt die oben genannten Themen auszublenden.

Zur Frage des Dialogs

1. Das Gesprächspapier verquickt Kirche, Staat, Gesellschaft und theologischen Dialog

Das Gesprächspapier verquickt unevangelisch Kirche, Mission und theologischen Dialog einerseits und Staat, Gesellschaft und gesellschaftlichen Dialog andererseits.

Das aber sind zwei Paar Schuhe. Den gesellschaftlichen Dialog zum Aufbau einer demokratischen, freien, gerechten und

friedlichen Gesellschaft führen Christen mit anderen Christen, mit allen religiösen Menschen, mit säkularen Mitbürgern und Atheisten, mit jedermann. Warum sollten die Muslime davon ausgenommen sein? Diesen Dialog kann und sollte die Kirche anstoßen und ermöglichen. Aber diesen Dialog können auch Christen als Bürger des Landes ohne die Kirchen führen. In ihm muss es auch nicht immer und automatisch um die Lehrunterschiede gehen, denn das Ziel ist ein friedliches Zusammenarbeiten zum Guten der Gesellschaft. Die Frage, inwieweit man beim Dialogpartner Wahrheit anerkennt, ist hier eigentlich nicht wichtig. Christen können und haben mit Atheisten zusammen Gesellschaften aufgebaut, auf die Frage dagegen, ob es Gott gibt oder nicht, gibt jede Seite nur eine – eindeutige – Antwort.

Ein theologischer Dialog dagegen nimmt bewusst die Besonderheiten des christlichen Glaubens und des jeweiligen Gesprächspartners in den Blick und will besonders Gemeinsamkeiten und Unterschiede in Glaube und Weltanschauung in Kauf nehmen. Nur hier ist die Frage nach dem Wahrheitsverständnis eigentlich wirklich relevant. Und nur hier gibt es eigentlich eine Diskussion für und wider den Dialog, will aber heißen, für und wider eine bestimmte Sicht des Dialogs. Denn einen Dialog ohne Verzicht auf Wahrheitsansprüche hat es immer gegeben. Die Diskussion dreht sich um die Frage, ob Dialog nur dann Dialog ist, wenn die christliche Seite ihren Wahrheitsanspruch zurückfährt – der anderen Seite können Christen das ja schlecht vorschreiben, und die andere Seite hat meist auch keine diesbezügliche Tradition, auf die sie aufbauen könnte, wie das Christentum, dass immer schon die eigentlich Wahrheit in der Person Jesu Christi findet und immer schon wusste, dass wir die Wahrheit in Gänze erst erkennen, wenn wir ihm sichtbar begegnen und wir bis dahin wie in einen (antiken) Spiegel schauen (1Kor 13,12). Allerdings sei daran erinnert, dass Paulus mit diesem Bild nicht sagen will, dass er die Wahrheit oder Jesus Christus nicht erkennen kann, sondern nur, dass er sie nicht in ihrer ganzen Fülle erkennen kann. Und er lässt keinen Spielraum dafür, dass die Fülle kommt, wenn wir Jesus Christus begegnen – nicht irgendjemandem sonst.

Indem das Gesprächspapier aber diese beiden Aspekte nicht auseinanderhält und unter Dialog nur einen Dialog in seinem Sinne versteht, wirkt es so, als wenn alle Kritiker der theologischen Position des Gesprächspapiers überhaupt gegen Dialog sind und deswegen vermeintlich auch gegen einen gesellschaftlichen Dialog, überhaupt nicht mit Muslimen sprechen und mit ihnen als Mitbürgern in einer Demokratie nicht zum Guten zusammenarbeiten.

2. Das Gesprächspapier vertritt eine kaum vertretene Position zum Dialog, ohne das an irgendeiner Stelle klar zu artikulieren.

Folglich findet auch keine ernsthafte Auseinandersetzung mit anderen Dialog-Modellen statt. Das Bekenntnis zum „Inklusivismus auf Gegenseitigkeit“ als Gegenposition zum nicht näher definierten „Exklusivismus“ ist eher verwirrend als aufklärend. Es wäre wünschenswert gewesen, dass Sachverhalte für den nichttheologischen Leser klar beschrieben werden. Stattdessen werden Behauptungen aufgestellt und Schlagworte gebraucht, die dann aber nicht klar erklärt, definiert oder beschrieben werden. Diese mangelnde Klarheit findet sich auch beim Gebrauch des Wahrheitsbegriffes.

3. Das Gesprächspapier setzt sich von Äußerungen und Positionen der EKD ab

Das Gesprächspapier wählt bewusst einen anderen Weg als andere Kirchen und als die EKD und andere evangelische

Landeskirchen, ohne dies aber deutlich zu artikulieren, so dass dies eigentlich nur Insidern auffällt. So ist sie weitherziger als die Evangelisch-Lutherische Kirche in Württemberg, aber folgt der Rheinischen Kirche nicht darin, Mission und Konversionsabsicht gegenüber Muslimen grundsätzlich in Frage zu stellen. Deutlich ist auch die Abgrenzung von der EKD, etwa von der Position des 2018 veröffentlichten Positionspapiers der EKD zum christlich-islamischen Dialog (Hannover, 24.09.2018). In einer Fußnote wird ein EKD-Text als Beispiel für die exklusivistische Position angeführt.

All das ist das gute Recht der Evangelischen Kirche in Baden, nur wundert man sich, dass dieses Gespräch nirgends skizziert und argumentativ aufgegriffen wird, sondern der Eindruck entsteht, als sei die badische Position alternativlos. Die Texte der EKD sind natürlich kirchenrechtlich allesamt nicht verbindlich, dennoch hätte man sich gewünscht, mehr Gründe zu erfahren, warum man so deutlich anders vorgeht.

Zur Argumentationsweise des Gesprächspapiers

1. Oft wird aus einem Kann still und leise ein deutliches Muss. Mehrfach findet sich folgendes Schema:

- a) Kritiker behaupten etwas.
- b) Man kann es aber auch anders sehen.
- c) Daraus folgt: Man muss es anders sehen, die Kritiker liegen völlig falsch.

2. Eine unheilvolle psychologische und moralische Einordnung der Andersdenkenden ersetzt oft die Argumentation

In meinem Exemplar habe ich mir farbig angestrichen, wann immer das Gesprächspapier andersdenkende Christen erwähnt oder über Andere spricht – mit Ausnahme der Muslime. Überwiegend sind es nur einzelne Worte, Charakterisierungen, Schlagworte und Negative. Zwei ausführliche Sätze am Stück über die beanstandeten Positionen finden sich nicht.

Liest man sich alle Sätze durch, mit denen die beschrieben werden, die anders als die Autoren des Gesprächspapiers denken, finden sich vor allem negative psychologische und charakterliche Beurteilungen und Einsortierungen. Das ist Psychologie statt Theologie, Verunglimpfung statt Argumentation.

Irgendwie wird man bei der häufigen Erwähnung nicht das Empfinden los, dass das Papier alle anders denkenden Mitchristen als verunsichert, ängstlich, mutlos und islamophob, unwissend, ungebildet usw. ansieht und die Möglichkeit, dass man, auch ohne solche Beschreibungen zu erfüllen, anders denken kann, gar nicht erst zulässt.

3. Andersdenkende Christen und ihre Sichtweise werden nur flüchtig erwähnt, nicht gediegen und fair dargestellt

Es gibt keine begründete Darstellung der Sicht andersdenkender Christen. Ihre Sicht wird nur gestreift und sofort verworfen. Ein typisches Beispiel: „Bei interreligiösen Feiern kann der Eindruck einer ‚gemeinsamen Religion‘ entstehen. Aus diesen Gründen wird dieses Modell in der theologischen und kirchlichen Diskussion meist kritisch gesehen. Seine Chance liegt darin, dass es den Willen der Beteiligten zur Gemeinschaft zum Ausdruck bringt und öffentlich darstellt“ (45). Es wird also nur gestreift, dass es Gründe gibt, aber nicht gesagt welche, und dann gleich amtlich die eigene Position gutgeheißen. Irgend eine respektvolle Auseinandersetzung mit Argumenten anderer findet nicht statt.

4. Es findet im Gesprächspapier kein Gespräch statt

Das Gesprächspapier wirbt für ein genaues Hinhören, ein wohlwollendes Verstehen. Das gilt aber offensichtlich nicht für die Mitchristen, gegen deren Sicht das Dokument gerichtet ist. Sie werden nicht gehört, verzerrt dargestellt, mit negativen und psychologisierenden Schlagworten belegt. Auf einen ihre Sicht einseitig und sehr verkürzt darstellenden Satz kommen jeweils mehrere Seiten ‚Gegendarstellung‘. So gewinnt man natürlich – zumindest vermeintlich – jede Diskussion.

Das Gesprächspapier gibt sich mehr Mühe, muslimische Mitbürger zu verstehen als andersdenkende Mitchristen in ihren eigenen Reihen.

Ist das dann noch ein „Gesprächspapier“, wenn die andere Seite gar nicht zu Wort kommt und das Ergebnis von vornherein überaus deutlich feststeht? Und ist im Anschluss an die Veröffentlichung ein echtes Gespräch (Dialog!) zu erwarten, bei dem wirklich auf die Argumente, die man bisher ausgelassen hat, trotzdem gehört wird?

Das Gesprächspapier hat auch eine enorm missionarische Komponente andersdenkenden Christen – auch und gerade in der eigenen Kirche – gegenüber.

Fazit

Das umfangreiche Gesprächspapier zu einer theologischen Wegbestimmung der Evangelischen Landeskirche in Baden versteht sich als wegweisend für den Dialog zwischen Muslimen und Christen. Doch bei genauem Hinsehen muss festgestellt werden, dass die im Papier vertretene Position sehr speziell und theoretisch ist. Dabei bleiben grundlegende Begriffe, wenn sie überhaupt fassbar sind, undifferenziert. Die Auseinandersetzung mit dem Islam wirkt einseitig und die Darstellung der Lehre von Islam und Christentum „zurechtgemacht“. Konkrete Hilfen für den Dialog innerhalb der Gemeinden fehlen ebenso wie die Klärung konkreter Dialogfragen – etwa der Frage nach dem Heil des Glaubenden.

Zugleich geht das Gesprächspapier nirgends auf die Argumente anderer Sichtweisen ein, sondern setzt die eigene Position absolut. Das schließt erhebliche Teile der Evangelischen Landeskirche in Baden vom Gespräch aus. So bleibt zu hoffen, dass das Gesprächspapier nochmals grundlegend überdacht wird, es zu einem ernsthaften Gespräch aller theologischen Richtungen in der Kirche kommt und all das dann auf die tatsächlichen Bedürfnisse in Sachen Dialog der Kirchengemeinden vor Ort zugeschnitten wird.

Hier können Sie das Gesprächspapier der Evangelischen Landeskirche einsehen: <https://www.eak-cdusu.de/downloads> (Rubrik: Artikel aus Evangelischer Verantwortung)



Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher

ist Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (Bonn, Kapstadt, Colombo) und EAK-Beauftragter für Religionsfreiheit



Talitha Kumi

Eine Deutsche Evangelisch-Lutherische Schule in Beit Jala/Palästina

Matthias Wolf

Ein Ort der Hoffnung

Schon von weitem erblickt man das weitläufig bewaldete Gelände, welches sich auf einer Anhöhe in Beit Jala befindet. Beit Jala ist ein Nachbarort von Bethlehem und liegt ca. 12 km südlich von Jerusalem entfernt. Der genaue Beobachter mag das Kreuz auf dem weißgetünchten Schulgebäude sehen, welches seit 59 Jahren am höchsten Punkt als christliches Hoffnungszeichen über der ganzen Anlage steht. Hier befindet sich Talitha Kumi. Ein Bildungszentrum, das ein Kindergarten, eine Grundschule, ein Gymnasium, eine Berufsschule, ein Internat, ein Gästehaus, ein Umweltzentrum und eine Pfadfinderarbeit beherbergt.

Doch die Geschichte von Talitha Kumi (aramäisch für „Mädchen, steh auf“) begann bereits im Jahre 1851 in Jerusalem, als die Kaiserswerther Schwestern ein Kinderheim für christliche, arabische Mädchen ins Leben riefen. So wurden diesen Mädchen, von denen viele Waisenmädchen waren, erstmalig Bildungsmöglichkeiten eröffnet. Die Arbeit wuchs stetig, sodass Talitha Kumi bis zum ersten Weltkrieg insgesamt über 1000 Schülerinnen ausbildete. Durch die Unruhen der zwei Weltkriege musste die Arbeit immer wieder unterbrochen werden und führte die Kaiserswerther Schwestern und ihre Schützlinge im Jahre 1949 nach Beit Jala. 1959 zogen sie in ein neues Zuhause, dem jetzigen Standort von Talitha Kumi, ca. 2 km außerhalb des Stadtzentrums von Beit Jala. Im Jahre 1975 hat dann das Berliner Missionswerk die Trägerschaft von Talitha Kumi von der Kaiserswerther Diakonie übernommen.

Das Mädcheninternat gibt es auch heute noch und ist ein Zufluchtsort für Mädchen aus sozial schwierigen Familien, wo sie Raum zum Lernen und Leben finden und in einer geborgenen Gemeinschaft aufwachsen. Über die Jahrzehnte hat sich jedoch die Schule weiterentwickelt, vergrößert und ist auf die Lebenssituation vor Ort eingegangen. So ist Talitha Kumi heute eine deutsche evangelisch-lutherische Schule für Mädchen und Jungen sowie eine Begegnungsschule zwischen Christen und Muslimen. Neben dem palästinensischen Schulzweig, der sie zur nationalen Hochschulreife Tawjihi führt, haben die Jugendlichen ab der 7. Klasse die Möglichkeit, den deutschen Schulzweig zu wählen, der sie das deutsche internationale Abitur absolvieren lässt. Im Januar 2018 wurde Talitha Kumi durch das Gütesiegel der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen (ZfA) ausgezeichnet und die Schule erhält dadurch die Berechtigung, sich ‚Exzellente Deutsche Auslandsschule‘ zu nennen.

Die Zusammensetzung der derzeit 670 Schüler/innen ist hierbei kaum vergleichbar mit anderen Bildungseinrichtungen: Einige kommen aus Flüchtlingslagern, andere überqueren täglich die Checkpoints. Die Schule zeichnet sich auch durch ihre besondere geographische Lage aus, da auf dem Gelände die Grenze zwischen der A-Zone (unter palästinensischer Zivil- und Sicherheitsverwaltung) und der C-Zone (unter israelischer Zivil- und Sicherheitsverwaltung) im Westjordanland verläuft. Diese Aufteilung des Gebietes wirkt sich immer wieder auf den alltäglichen Schulalltag aus, dennoch ist das Schulzentrum wie eine Insel, auf der Bildung und Friedensarbeit trotz Grenzen möglich ist.



Arabische & Englische Bibliothek



Pädagogischer Alltag

Das Berliner Missionswerk als Schulträger von Talitha Kumi ist seit vielen Jahren aktiv im Nahen Osten, insbesondere was den christlichen Bildungsauftrag in Palästina angeht und u.a. von Talitha Kumi vor Ort umgesetzt wird. Das pädagogische Arbeiten ist somit ein Herzstück von Talitha Kumi und folgt je nach Bildungseinrichtung und Zielgruppe unterschiedlichen Konzepten. Dennoch liegen den verschiedenen Bereichen die gleichen Werte und Grundsätze zugrunde. Talitha Kumi ist ein Ort, an dem Kinder und Jugendliche behütet und geborgen aufwachsen sowie Raum und Zeit zum Lernen finden. Die christliche Nächstenliebe sowie Professionalität und Exzellenz bestimmt hierbei das Miteinander des pädagogischen Personals mit den Kindern und Jugendlichen, den Eltern und Besuchern. Das interkulturelle Arbeiten, die Auseinandersetzung mit anderen Kulturen und Lebenswelten eröffnet neue Horizonte, fördert Selbstreflexion und regt zu differenzierten Entscheidungen an. Die Schüler/innen lernen den Dialog zu suchen, was ihnen gerade in schwierigen Zeiten helfen soll, Mittel und Wege zur Verständigung mit ihrem Gegenüber zu finden.

Die Sprachförderung ist hierbei ein wichtiger Bestandteil des Curriculums aller schulischen Einrichtungen von Talitha Kumi. Bereits im Kindergarten kommen die Kinder mit Fremdsprachen in Berührung. Nebst dem Spielen und Lernen in ihrer arabischen Muttersprache werden die Kinder ab 4 Jahren spielerisch in Kleingruppen an erste deutsche und englische Vokabeln herangeführt. Bücher spielen hierbei eine wichtige Rolle, aus denen den Kindern vorgelesen wird oder gemeinsam gesungen wird. Die Grundschule baut darauf auf und knüpft an das Erlernte an.

Derzeit werden in der 1. Klasse vier bis sechs Stunden Deutsch und Englisch pro Woche unterrichtet, was sich mit zunehmender Klassenstufe steigert. Zudem gibt es ab der 1. Klasse die Möglichkeit, sein Kind in den deutschen Zweig einzuschulen, in dem dann ab der 7. Klasse fast ausschließlich in Deutsch unterrichtet wird.

Räume zum Lesen und Lernen

Beim Erlernen von Sprachen ist der Einsatz von Büchern, aber auch medialer Mittel, unabdingbar. Im Jahre 2013 wurde eine deutsche Bibliothek, die „Leseinsel“, eröffnet, die den Schüler/innen und Angestellten eine Bandbreite an Büchern, Zeitschriften, CDs und Videos anbietet. Ca. 6000 Medien beherbergt die „Leseinsel“ derzeit, die zur Ausleihe nach Hause einladen, aber auch im Unterricht eingesetzt werden können. Teil des Curriculums in der Grundschule und im DIA-Zweig („Deutsches Internationales Abitur“) ist z.B. eine wöchentliche Bibliotheksstunde, in der Bücher gemeinsam erarbeitet oder Buchprojekte durchgeführt werden. Zusätzlich stehen vier Computer zur Verfügung, an denen gerade die Mittel- und Oberstufe Präsentationen vorbereitet oder Internetrecherchen für schulische Themen durchführt.

Die arabische Bibliothek, die auch die englische Abteilung beinhaltet, konnte 2013 leider nicht mitfinanziert werden, da die damaligen Mittel nur für deutsche Zwecke eingesetzt werden durften. Im Gegensatz zur deutschen Bibliothek verfügt diese nur über geschätzte 1500 – 2000 veraltete Medien, auch mangelt es an schulgerechter Ausstattung, die die Kinder und Jugendlichen zum Lesen einlädt und anregt.

Besuchen Sie uns auf facebook

Möchten Sie über die Arbeit des EAK der CDU/CSU auf dem Laufenden gehalten werden? Dann besuchen Sie den EAK auf seiner facebook-Seite. Sie finden uns unter unserem Namen „Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“.



Unser Anliegen ist die arabische bzw. englische Bibliothek räumlich aufzuwerten und inhaltlich neu zu bestücken. Gerade die Stärkung der arabischen Sprache ist sehr wichtig. Wissenschaftler bestätigen, dass Schüler/innen das Erlernen einer Fremdsprache leichter fällt, wenn sie sattelfest in ihrer Muttersprache sind¹.

Die arabische Kultur ist jedoch eine Erzähl- und keine Lesekultur, sodass die Kinder und Jugendlichen in Talitha Kumi auf besondere Art und Weise an Bücher aber auch mediale Mittel herangeführt werden, die ihnen die Lust am Lesen vermittelt.

Darauf aufbauend und begleitet durch qualitativ hochwertigen Englischunterricht ab der Grundschule setzt sich die Schülerschaft auch mit englischsprachigen Büchern und Medien auseinander, sodass sie neben der deutschen Sprache auch intensiv in der englischen Sprache gefördert werden.

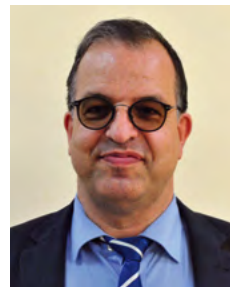
Als eine deutsche Auslandsschule, welche ein vorwiegend palästinensisches Publikum hat, legen wir zudem im besonderen Maße Wert auf das Erlernen einer demokratischen Gesellschaftsordnung und deren Ideale und Ordnungen. Die Auseinandersetzung mit Texten fördert das hierfür Nötige, selbstständige Denken, aber eröffnet auch Vorstellungsraum und Kreativität, um diese Werte zu transferieren und vor Ort anzupassen.

Eine trilinguale Bibliothek in Talitha Kumi

Derzeit befindet sich die deutsche und die arabisch-englische Bibliothek auf zwei unterschiedlichen Etagen. Künftig wollen wir die Bibliotheken zusammenlegen, qualitativ und quantitativ den gleichen Standard anbieten und das gesamte Bibliothekswesen in Talitha Kumi zusammenschließen. Zudem ermöglicht eine trilinguale Bibliothek der Schülerschaft und Lehrerschaft eine Leseland-schaft, in der der Übergang zwischen den Sprachen fließend stattfinden kann, und dies auch räumlich umgesetzt und erlebbar ist.

Die arabisch-englische Bibliothek soll der deutschen Bibliothek angeschlossen werden, angrenzende Räumlichkeiten bieten hierfür den nötigen Platz an. So entsteht eine Leseland-schaft, in der die Besucher Zugang zu drei Sprachen haben. Ein einheitliches Ausleihsystem für alle drei Sprachbereiche, mit einer Ausleihtheke als Mittelpunkt der Räumlichkeiten, macht den Zugang zu den Büchern und Medien leicht zugänglich. Da die Bibliothek auch ein Raum ist, wo Verhalten erlernt wird (z. B. Bücher sorgsam behandeln, Ausleihfristen beachten, Räumlichkeiten sauber halten), erlaubt eine Zusammenführung einheitliche Regeln. Das Resultat ist eine geordnete Atmosphäre, wo gerne gelesen und konzentriert gelernt werden kann. Neben dem Angebot an Büchern und Zeitschriften, soll – wie auch im deutschen Bereich – eine arabische und englische Mediathek entstehen, die Zugang zu medialen Mitteln ermöglicht. Letztlich soll die Bibliothek mit weiteren Computern ausgestattet werden, da die derzeitigen vier Geräte aus der deutschen Bibliothek nicht ausreichend für eine Schülerschaft von 670 Kindern und Jugendlichen sind.

¹ <https://www.edweek.org/ew/articles/2015/05/13/bilingual-students-need-support-in-their-native.html>



Matthias Wolf

ist Direktor der deutschen
Evangelisch-Lutherischen Schule
„Talitha Kumi“ in Beit Jala (Palästina).

Helfen Sie mit!

Der Bau und die Ausstattung einer trilingualen Bibliothek in Talitha Kumi beläuft sich auf etwa 120.000 EUR. Wer Talitha Kumi hierbei unterstützen möchte, kann dies gerne durch eine Spende auf das folgende Konto tun:

Spendenkonto Berliner Missionswerk

Evangelische Bank

IBAN: DE86 5206 0410 0003 9000 88

BIC: GENODEF1EK1

Verwendungszweck: trilinguale Bibliothek

Wir freuen uns über jede Spende und danken Ihnen herzlich im Namen der Schulgemeinschaft von Talitha Kumi.

Weitere Informationen über Talitha Kumi finden Sie auf unserer Homepage <https://talithakumi.ps>



Bewahrung der Schöpfung

Dr. Maximilian Willner

Fragen rund um den Zustand der Umwelt, des Klimas und der mit unserem Handeln verbundenen Verantwortung beschäftigen dieser Tage große Teile unserer Gesellschaft. Es ist eine aufgeheizte Debatte mit vielen Missverständnissen, Fehlinformationen, Schuldzuweisungen und einer zunehmenden Orientierungslosigkeit angesichts immer neuer wissenschaftlicher Befunde, dass die Folgen der Erderwärmung früher als erwartet und gravierender als befürchtet Einfluss auf unser Leben und das unserer Nachfahren nehmen werden.

Diese Lage nahm sich der Hamburger EAK zum Anlass, im Vorfeld der Bürgerschaftswahl zu einer Podiumsdiskussion zu einem Kernthema der Christdemokratie einzuladen: Der Bewahrung der Schöpfung. Sybille Möller-Fiedler, EAK-Landesvorsitzende und Kandidatin für die Hamburgische Bürgerschaft, moderierte ein Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Rüdiger Kruse und dem Umweltökonom und stellvertretenden Landesvorsitzenden des EAK, Dr. Maximilian Willner. Gut 40 Bürgerinnen und Bürger aus dem Stadtbezirk Eimsbüttel und darüber hinaus (bei den Bezirkswahlen 2019 wurden die Grünen hier mit 37,2 % stärkste Kraft) folgten der Einladung und trugen zu einer lebhaften Atmosphäre bei.

In seinem Eingangsstatement berichtete Herr Kruse von den relevanten Entscheidungen, die in den vorausgegangenen Monaten von der Bundesregierung getroffen wurden. Der Ausstieg aus der Kohleverstromung, die Maßnahmen des Klimapakets und die Pläne der EVP-geführten EU-Kommission seien erhebliche Schritte nach vorn und doch nur weitere, kleine Stücke des nötigen Weges fort von der nicht nachhaltigen Nutzung unseres Planeten. Als ordentliches Mitglied sowohl des Umwelt- wie auch des Haushaltsausschusses des Bundestags erklärte Herr Kruse auch die Grenzen, die dem staatlichen Handeln gesetzt sind und gesetzt werden müssten. Ein Primat der Klimapolitik schaffe angesichts anderer, drängender Herausforderungen keine Lösung. Vielmehr müsse der Kraftakt des Umbaus

fast aller Lebensbereiche mit sozialen und ökonomischen Maßnahmen einhergehen. Die Stabilität unserer Bundesrepublik hänge z.B. sowohl von der Mitnahme benachteiligter Menschen in ehemaligen Kohleregionen, wie auch von sinnvollen Konzepten zur Zukunft von Arbeit im digitalen Zeitalter ab. Stärke der CDU sei es, hier für Ausgleich zu sorgen und pragmatisch statt ideologisch Politik zu machen. Bisher sei der Umgang mit der Schöpfung nicht nachhaltig und es gelte dies klarer als zuvor auszusprechen und Konsequenzen zu ziehen. Die aus wissenschaftlicher Forschung erlangten Erkenntnisse und Notwendigkeiten könnten durch das christdemokratische Wertegerüst mit ökonomisch-sozialen Maßnahmen zusammengebracht werden.

Die umwelt-, landwirtschafts- und klimapolitische Haltung der CDU werde in den letzten Jahren verstärkt als Problem empfunden, denn als Lösung, so Willner im Anschluss. Die jüngsten Wahlergebnisse zeigten den Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlust in verschiedenen Politikbereichen, insbesondere bei vermeintlich „grünen“ Themen. Bei diesen werde der Regierung mangelnde Handlungsbereitschaft vorgeworfen – zu wenig, zu spät, zu lasch. Der Unfriede, der sich in einer beschleunigten Zersplitterung der Gesellschaft entlade sei maßgeblich durch Zweifel an Stabilität, Sicherheit und Wohlstandswahrung verursacht. Die Antwort der Partei seien hingegen Worthülsen wie beispielsweise „Ökonomie und Ökologie verbinden“ oder „Anreize statt Verbote“, ohne dass damit ausreichend konkrete, zukunftsgerichtete Vorschläge verbunden seien. Es würde verlernt in Alternativen zu denken und jenseits von schwarz und weiß zu argumentieren. Dabei habe die CDU dank des christlichen Verständnisses vom Menschen ein Fundament und einen Werkzeugkasten, aus dem klare Positionen und eine glaubhafte, im Instrumentarium flexible Politik abzuleiten seien. Die Rolle des Menschen als Teil der Schöpfung Gottes einerseits und seine Gottesebenbildlichkeit andererseits verantworte ihn in der Ausübung der so begrenzten Freiheit zu

einem nachhaltigen Umgang mit seiner Umwelt. Seine Verantwortung vor Gott mit der ihm gegebenen Freiheit in der Schöpfung erlange nicht nur im hier und jetzt Bedeutung, sondern auch international und intergenerational. Am Umgang mit dem öffentlichen Gut Klima werde sich die Menschheit messen müssen, denn die Fürsorge Gottes für seine Erde (Matthäus 6, 25 – 29 mit Psalm 24, Vers 1) sei keine Aufforderung zum geschehen lassen, sondern vielmehr Aufruf zum Streben diese Herausforderung anzunehmen und entsprechend zu handeln. Es gehe um die Art der Herrschaftsausübung des Menschen, deren Aufgabe nicht Ausbeutung, sondern Fürsorge sei. Die CDU sei die einzige Partei, die den nötigen Wandel in der Lebens- und Verantwortungsauffassung der Gesellschaft weg von einer ganzheitlichen, die ökologische Dimension umfassenden Anthropologie hin zu einer die menschliche Dimension umfassenden Ökologie anschieben könne (vgl. Enzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus (2015)).

Insbesondere auf eine Frage nach der Notwendigkeit auf Konsum zu verzichten plädierte Herr Kruse für eine Besinnung auf den Kern von Konsumententscheidungen. So sei es nicht zwingend das Bedürfnis Auto zu fahren, sondern vielmehr eine bestimmte Strecke zurückzulegen. Verbote oder das Einschränken individueller Mobilität könnten deshalb auch nur Symptome bekämpfen, nicht aber das zugrundeliegende Problem mangelnder Alternativen. Es müsse ein technologieoffener Wettbewerb um die Weiterentwicklung des Individualverkehrs stattfinden können, um Wandel bei Konsumententscheidungen zu ermöglichen. Der Druck auf Menschen durch Zwang schaffe Gegendruck, der das eigentliche, gesellschaftlich sinnvolle Ziel des Klimaschutzes gefährde. Sichtbar würden solche Konflikte unter anderem bei der Debatte um die Aufstellung von Windrädern.

Dass es im Wesentlichen um eine freiwillige, gewollte Lebenswandeländerung gehen müsse, betonte auch Herr Willner. Gerade die von der politischen Linken vertretenen Ansicht, Ordnungspolitik sei eine sanfte, wohlgemeinte Erziehungsmethode für Bürger, führe gerade nicht zu einem Gelingen wirksamer Klimapolitik. Die Kehrseite eines solchen Paternalismus sei Ablehnung durch die Bürgerinnen und Bürger. In der ökonomischen Forschung untersuche man deshalb zunehmend die Erreichung sozialer Ziele gemeinsam mit privat erstrebenswerten Zielen, wie gesundheitsförderlichem Verhalten (z.B. der Verringerung des Fleischkonsums). Es sei Aufgabe der politischen Führung „im Bürger das Bewusstsein der persönlichen Mitverantwortung für seine Umwelt zu wecken“, wie es bereits im Ludwigshafener Programm der CDU aus dem Jahr 1978 erkannt wurde. Ziel einer solchen Anreizpolitik sei es, jene zu stärken, die freiwillig mehr zum öffentlichen Gut beitragen wollen, als es der gesellschaftliche Kompromiss hergibt. Weiterhin müsse es Möglichkeiten geben, diesen Kompromiss den ökologischen Notwendigkeiten näher zu bringen. Hilfreich sei dabei die Bereitstellung von Informationen und ein Sichtbarmachen von lohnenswerten Alternativen zu ökologisch-nachteiligem Verhalten durch den Markt- und Preismechanismus. Die individuelle Freiheit müsse Maßstab für die Verhältnismäßigkeit von Ordnungspolitik sein, ergänzte daraufhin Herr Kruse.

Von besonderem Interesse seitens des Publikums waren Fragen nach den begrenzten Möglichkeiten im Handeln Einzelner, beziehungsweise der begrenzten Rolle Deutschlands und der Europäischen Union angesichts der großen Treibhausgasbeiträge von China und den USA. Herr Kruse stellte dahingehend klar, dass eine Begrenzung des Klimawandels nur global gelänge, dies jedoch kein Grund sei, die eigene Verantwortung nicht anzunehmen. So, wie es in Deutschland Konflikte zwischen der naturwissenschaftlichen Erkenntnis und der sozialökonomischen

Machbarkeit gebe, sei dies in China nicht anders. Ein Gelingen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation in der EU sei deshalb aus mehrfacher Hinsicht wichtig. Neben der aus gegenwärtigen und historischen Emissionen der EU-Staaten erwachsenden Verantwortung sei eine Technologieführerschaft von großem Wert. Dies gelte insbesondere im Wettlauf um die die zukünftige politische und wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt.

Ambitionierte Klimapolitik trotz ihrer Kosten sei auch eine Chance auf Wachstum, so Herr Willner. Lebenswandeländerungen im Kleinen hätten stets auch Bedeutung für den weiteren Pfad der Volkswirtschaft als Ganzes. Gute christdemokratische Politik unterstütze das Einlassen auf Handeln, das die eigene Position in individueller Freiheit mit gesamtgesellschaftlichen Aufgaben verbindet. Die CDU stehe in ihrem Kern für eine marktwirtschaftliche Ordnung, soziale Sicherheit und nachhaltige Wohlfahrtswahrung. Ein klarer Rahmen für Umwelt- und Klimapolitik mit langfristigen Zielen liefere dabei Konstanz und Stabilität. Die vollständige Einpreisung klimaschädlicher Nebenprodukte der Güterproduktion und des Konsums, die Verwendung von Haushaltsmitteln für Anreizpolitik statt Steuergeschenken sowie das klare Bekenntnis zu multilateralen Klimavereinbarungen seien die Grundpfeiler dieser Politik.

Ein weiterer Diskussionspunkt ergab sich aus den nächsten Schritten, die notwendig seien, um den Zielen der EU-Kommission und den Vorgaben aus der Pariser Vereinbarung von 2015 gerecht zu werden. Herr Kruse wies darauf hin, dass es schwierig sei, technologische und Präferenzänderungen der nächsten 30 Jahre heute zu antizipieren, doch sei er sicher, dass sich viele „Unmöglichkeiten“ im Nachhinein als machbar herausstellen würden. Somit seien Mut und Bereitschaft zu im ersten Blick weitreichenden Politiken notwendig und lohnenswert. Der Einsatz verschiedener Antriebstechnologien, der massive Ausbau der öffentlichen Infrastruktur sowie der erneuerbaren Energien und die groß angelegte Herstellung von Wasserstoff seien wichtige Schritte und würden dazu führen, dass sich in der Rückschau heutige Befürchtungen als ungerechtfertigt herausstellen würden. Auch die Nutzung der Wirtschaftsmacht der EU um Klimapolitik zu exportieren, zum Beispiel durch sog. „Klimazölle“, sei ein weiterer Entwicklungspfad.

Panikmache, Hysterie und Endzeitdramatik seien bei aller Ernsthaftigkeit der Situation keine guten Ratgeber für politisches Handeln, so Herr Willner weiter. Hoffnung und Zuversicht und die damit einhergehende innere Ruhe sei Wesenszug christdemokratischer Politiker und besser geeignet die Zukunft zu gestalten. Die befreiende Wirkung, bisheriges Versagen einzugestehen, sei jedoch für eine gewollte und freiwillige Umkehr sinnvoll. Versäumnisse der Vergangenheit ließen sich nicht vollständig wettmachen. Diese aufrichtige und demütige Haltung sei für die Christdemokratie wesentlich und ein gutes Mittel gegen die bevormundende Haltung der politischen Linken.

Gerechtigkeit im Klimakontext bedeute auch anderen zu helfen, eigene Fehler zu verhindern. Jedoch nicht durch eine lehrende Attitüde, sondern durch ein Beispiel an Ambition und Verlässlichkeit, das vorbildlich wirken kann. Konkret nannte Herr Willner die Aufgabe Deutschlands, seine nationalen Politiken, wie z.B. den Kohleausstieg, mit den bestehenden europäischen Klimainstrumenten wie dem Emissionshandel zu verbinden.

Der gesellschaftliche Zusammenhalt, so Frau Möller-Fiedler zum Ende der Veranstaltung, hänge unter anderem auch mit der Bewahrung einer intakten Umwelt zusammen. Als Ausgangspunkt und Ziel für den Erhalt unserer Freiheit gelte es diesen Zusammenhalt zu stärken und zu fördern. Das sei ihre und die Motivation anderer in der C-Familie engagierter Menschen.

EAK in Berlin und Brandenburg lädt ein zum Christlichen Kulturschoppen

Kein Frühschoppen, aber ein Christlicher Kulturschoppen, bei dem keiner hungern oder verdursten soll – weder leiblich noch geistlich. Das ist das Motto, zu dem der EAK Berlin und Brandenburg mit seinem **Ländervorsitzenden Günter Nooke** jeweils an einem ersten Sonntag im Monat einlädt. Die Veranstaltungsreihe richtet sich an gesellschaftlich und politisch engagierte Christinnen und Christen, die an Gesprächen mit unterschiedlichen Persönlichkeiten zu aktuellen gesellschaftlichen Themen interessiert sind.

Den Auftakt in der neuen Reihe machte ein Gespräch mit dem **Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesischen Oberlausitz (EKBO), Christian Stäblein**. Kurz bevor er in Berlin sein Amt als neuer evangelischer „Hauptstadtbischof“ antrat, gab Stäblein Einblicke in die Ziele seines künftigen Wirkens: Sein Anliegen sei es, dass die Kirche 30 Jahre nach dem Mauerfall neue Räume für das Gespräch zwischen den Menschen ermöglichen solle, um damit den Spaltungen in der Gesellschaft entgegenzuwirken. Zudem sprach sich Stäblein gegen einen Rückzug der Kirche aus der Fläche aus. Für die EKBO sei das Wechselspiel zwischen Stadt und Land eine große Herausforderung. Schon heute sei die Kirche auf dem Land stärker präsent als in Berlin: Für eine Pfarrstelle würden dort weniger Gemeindeglieder benötigt als in der Großstadt, auch wenn der Pfarrer dort zehn Dörfer versorgen müsse.

Mitten ins Brandenburger Land ging es dann auch mit der zweiten Veranstaltung unter dem Motto „Auf Fontanes Spuren in märkischen Kirchen“. Zu Gast war der EAK diesmal in der Barockkirche in Friedersdorf bei dem Bundestagsabgeordneten und Bio-Landwirt **Hans-Georg von der Marwitz**. Dorf und Kirche sind seit Jahrhunderten mit der Familie von der Marwitz

verbunden, Fontane hat ihr in den „Wanderungen durch die Mark Brandenburg“ einige Zeilen gewidmet. Von der Marwitz las aus seinem Beitrag „Auferstanden aus Ruinen“, der in dem von **Antje Leschonski** herausgegebenen Buch „Von Dorf zu Dorf, von Kirche zu Kirche“ erschienen ist. Der Landwirt war 1990 aus Heidelberg in den Ort seiner Vorfahren zurückgekehrt. Über die Sanierung der Dorfkirche nach der Wiedervereinigung schreibt er: „Johannes Becher und Hanns Eisler mögen es mir verzeihen, dass ich ausgerechnet die ersten Worte der Nationalhymne der DDR zitiere, aber schöner lässt sich die Renaissance der Friedersdorfer Barockkirche kaum formulieren.“

Im Rahmen der dritten Veranstaltung, die im Brandenburger Landtag stattfand, ging Günter Nooke im Gespräch mit **Bundespräsident a. D. Joachim Gauck** der Frage nach: „30 Jahre nach dem Mauerfall – Warum vergehen Freude und Dankbarkeit so schnell?“ In Anbetracht der Tatsache, dass die Lebensentwürfe, Wertvorstellungen sowie religiösen und kulturellen Hintergründe der Menschen immer vielfältiger werden, plädierte Gauck für eine kämpferische Toleranz. Dabei sei Toleranz nicht Gleichgültigkeit, sie lehre uns vielmehr auszuhalten und zu respektieren, was wir nicht oder nicht vollständig gutheißen. Dazu, so Gauck, sei es aber nötig, sich seiner eigenen Identität sicher zu sein. Denn nur, wer weiß, wer er ist, geht selbstbewusst in einen Dialog oder auch Wettstreit mit anderen. Toleranz dürfe dabei aber nicht schrankenlos sein: „Toleranz, die Nachsicht und Duldsamkeit preist gegenüber den Verächtern der Toleranz, hilft den Tätern und nicht den Opfern.“

Beim vierten „Christlicher Kulturschoppen“ war der EAK zu Gast in der Dorfkirche Britz: Der ehemalige Superintendent des Kirchenkreises Pankow, **Werner Krättschell**, las aus seinem



Unser Foto zeigt (v.l.): Christian Stäblein, Bischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz; Günter Nooke, Landesvorsitzender des EAK Berlin-Brandenburg





Unser Foto zeigt (v.l.): Melanie Liebscher, Günter Nooke, Altbundespräsident Joachim Gauck, André Schaller MdL, Dr. Ulrich Pohlmann, Christian Meißner

Buch „Die Macht der Kerzen. Erinnerungen an die Friedliche Revolution“. Besonders eindrucksvoll war die Schilderung seines Besuches bei Egon Krenz Weihnachten 1989: „Bei der Begrüßung im Hause meinte er (Krenz): ‚Wissen Sie, von meinen Genossen kommt keiner mehr, aber mein Pastor kommt!‘ Es kam in unserem Gedankenaustausch nämlich heraus, dass er einmal getauft und konfirmiert worden war und darum gut wusste, was ein ‚Pastor‘ war. Und beim Abschied stellte er mir die unerwartete Frage: ‚Wenn ich ins Gefängnis komme, besuchen Sie mich dann?‘ Ich versprach es und habe ihn dann, Jahre später, als er wirklich im Gefängnis saß, in Plötzensee besucht.“ Durch Krätschells berührenden Zeitzeugenbericht wurde einmal mehr deutlich, dass es den Segen der Friedlichen Revolution ohne den engagierten Einsatz der evangelischen Christinnen und Christen in der DDR und ohne die Brücken bauende und versöhnende Botschaft des Evangeliums Jesu Christi so niemals gegeben hätte.

Melanie Liebscher



Unser Foto zeigt (v.l.): Hans-Georg von der Marwitz MdB; Antje Leschonski, Günter Nooke, Werner Krätschell

Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

Herausgeber

Thomas Rachel, Dieter Hackler, Norbert Kartmann, Sabine Kurtz, Christine Lieberknecht, Christian Schmidt

Redaktion

Dr. Johanna Schulze, Christian Meißner (V. i. S. d. P.)
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducusu.de

Spenden-Konto

Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
KontoNr. 266 098 300
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00
BIC: COBADEFFXXX

Autoren

PSt Thomas Rachel MdB
Christian Schmidt MdB
Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher
Matthias Wolf
Dr. Maximilian Willner

Druck DAS DRUCKTEAM BERLIN

Fotonachweis

Titelbild: © Thomas Lothar
S. 3: istockphoto © GoodLifeStudio
S.6: istockphoto © monkeybusinessimages
S.9: istockphoto © bocko
S.10: istockphoto © KatarzynaBialasiewicz
S. 13: © Christian Meißner
S. 14: © Matthias Wolf
S. 18+19: © Günter Nooke
S.16: istockphoto © RomoloTavani
S.20: istockphoto © borchee

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber. Papier: 100 % chlorfrei

 Besuchen Sie uns auf unserer facebook-Seite!



Diesem Heft liegt ein Veranstaltungsflyer von Schönblick bei



Meditation



*Jesus Christus spricht:
„Was ich aber euch
sage, das sage ich allen:
Wachet!“ (Mk 13,37)*

Die Mahnung zur Wachsamkeit gehört zu den zentralen Topoi der jesuanischen Jüngerbelehrung. In einer nicht nur gottfernen sondern von geradezu gottfeindlichen Mächten und Gewalten mannigfaltig beherrschten Welt ist ein besonderes Spezifikum dieser Wachsamkeit die Ausrichtung auf das Kommen des Menschensohnes mit Kraft und Herrlichkeit. „Himmel und Erde werden vergehen; meine Worte aber werden nicht vergehen“

(Mk 13,31). So leben wir zwar stets im Vorletzten und in mancher Angst und Bedrängnis, aber das Evangelium muss zuvor doch erst unter allen Völkern gepredigt werden. Und Gott, der Herr der Geschichte, wird am Ende zum Gericht kommen über alle Mächte und Gewalten. Diese Glaubensgewissheit stärkt in vielerlei Not. Aber sie gilt gewiss nicht einer müden und schlaftrunkenen Christenheit, die sich satt und selbstgerecht in dieser Weltzeit eingerichtet hat.

Es ist darum die eindringliche Mahnung an uns alle, die wir in der Nachfolge Christi stehen, die Zeichen der Zeit zu erkennen und – auch im Alltag unserer Tage und auch wenn wir weder Tag noch Stunde wissen – den Fokus auf das Kommen des Reiches Gottes zu bewahren. Dazu bedarf es eines reinen, im Worte Gottes gefestigten Herzens und zugleich scharfer, wacher und schlauer Sinne. Doktor Faust mag ja ruhig in seinem Sündencoma schlafen (Goethe war ein Langschläfer), in der wahren Nachfolge Christi ist jedoch kein Platz für einen vermeintlichen Heilschlaf des Vergessens.

Jesu Jünger wissen das und suchen deshalb stets wach und klar zu bleiben: Es geht um das Jetzt und das Hier und es geht um jeden neuen Tag, den mir mein Schöpfer geschenkt hat. Denn sein Morgen beginnt bereits in diesem meinem Heute und mitten in dieser Zeit!

Pastor Christian Meißner,
EAK-Bundesgeschäftsführer